Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1932

141 (20.6.1932)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Karlsruhe.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- u. Feiertage ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,70 Mark. Einzelnummer und Belegblatt 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Buchdruckerei A. Dups, Durlach, Mittelstr. 6. Fernsprecher 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10101.

Anzeigenberechnung: Die 8gespaltene Millimeterzeile 8 Pfennig, Reklamezeile 25 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nachm. 4 Uhr, für dringliche Familienanzeigen am Erscheinungstag ½9 Uhr vorm. Für Platzvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 141 | **Montag, den 20. Juni 1932** | **103. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Die Innenminister der Länder sind vom Reichsinnenminister zum Mittwoch nach Berlin berufen zur Besprechung der politischen Notverordnung.

*

Reichskanzler von Papen hat von Lausanne aus in einer Rundfunkrede über Deutschlands wirtschaftliche und seelische Krise gesprochen und einen Appell an die Heimat gerichtet.

*

Herriot erstattete am Samstag in einem Kabinettsrat in Paris Bericht über Lausanne und kehrte wieder nach Genf zurück.

*

Mussolini hat in einem Telegramm an Macdonald eine schnelle und konkrete Entscheidung in der Tributfrage gefordert.

*

Österreich will am 23. Juni eine Devisensperre erklären.

*

In zahlreichen Orten, namentlich in Westdeutschland, kam es in den letzten Tagen zu blutigen politischen Zusammenstößen und kommunistischen Ueberfällen. Im Ruhrgebiet haben die Kommunisten zum Generalstreik aufgerufen.

*

Die Hollandfahrt des „Graf Zeppelin" am Samstag nahm einen glänzenden Verlauf.

*

Der Landesausschuß der Bayerischen Volkspartei hat mehrere Entschließungen gefaßt, wonach u. a. „Die Bayernwacht" weiter ausgebaut werden und eine Abänderung der letzten Regelung der Arbeitslosenversicherung erzielt werden soll.

*

Zwischen Tibet und China scheint Krieg ausgebrochen zu sein. In der ostchinesischen Provinz Sintschan haben blutige Kämpfe stattgefunden. Der östliche Teil der Provinz soll von tibetanischen Truppen besetzt worden sein.

*

Die Sonntag stattgefundenen Landtagswahlen in Hessen haben keine grundlegende Aenderung der Mehrheitsverhältnisse gebracht. Gegenüber der letzten Landtagswahl im November 1931 konnten die Nationalsozialisten 5 Sitze und die S.P.D. 2 Sitze gewinnen, dagegen hat bei den bürgerlichen Mittelparteien und bei der K.P.D. der Abmarsch der Wähler nicht aufgehalten werden können.

*

Samstag nachmittag fand in Paris ein Kabinettsrat statt, in dem der Haushaltsminister Palmade einen ausführlichen Bericht über die Finanzlage und über die Maßnahmen gab, die zur Deckung des Fehlbetrages getroffen werden sollen.

Holland-Fahrt des Luftschiffes „Graf Zeppelin"

Friedrichshafen, 19. Juni. Das Luftschiff „Graf Zeppelin" ist um 1.05 Uhr zu seiner Fahrt nach Holland gestartet. Gegen 8 Uhr hat es seine erste Landung auf holländischem Boden vorgenommen, die auf dem in der Nähe der Stadt Enschede unweit der deutschen Grenze liegenden neuen Flughafen Twente erfolgte. Zu diesem Ereignis hatten sich Zehntausende eingefunden. Hunderte brachten die Nacht in Zelten auf dem Flughafengelände zu. Die Landungsmannschaft bestand aus zahlreichen Mitgliedern von Sportvereinen, die schon mehrere Tage vorher eingeübt worden waren. Bei der Landung wurden dem Führer des Luftschiffes, Kapitän Lehmann, vom Bürgermeister von Enschede, Bergsma, zwei Geschenke überreicht, die von den Schülern der Textil-Hochschule in Enschede eigens zu diesem Zweck hergestellt worden waren, nämlich ein Badehandtuch, auf dem die Stadt Enschede mit dem darüber fliegenden Luftschiff „Graf Zeppelin" dargestellt wird, und ein Damasttischtuch. An Bord des Luftschiffes befanden sich 17 Fahrgäste, meistens Holländer. Nachdem diese das Luftschiff verlassen hatten, begaben sich 25 Teilnehmer an der Rundfahrt Twente-Norddeutschland-Zuidersee-Rotterdam an Bord, unter ihnen der Prinzgemahl Heinrich, der Minister für Landesverteidigung Deckers und der Minister für öffentliche Arbeiten Reymer. Der Rundflug, der sich bis Hamburg ausdehnte, nahm einen schönen Verlauf.

Nachmittags um 17.30 Uhr ist das Luftschiff nach seiner Rundfahrt über Ost-Holland, Nord-Deutschland, Nord-West-Holland und der Nordsee glatt in Rotterdam gelandet. Etwa eine halbe Stunde später wurde nach der Auswechselung der Passagiere zum Weiterflug gestartet. Beim Erscheinen des Luftschiffes ließen alle Schiffe im Rotterdamer Hafen die Sirenen ertönen, während die schätzungsweise 150 000 Personen zählende Zuschauermenge, unter der sich auch zahlreiche aus Antwerpen gekommene Belgier befanden, in begeisterte Zurufe ausbrach. Das Luftschiff zog erst mehrere Schleifen über der Stadt. Das Wetter war ziemlich unsichtig und der Wind sehr stark. Während das Luftschiff von allen Seiten photographiert wurde, brach die Sonne, die beinahe den ganzen Tag über sich hinter den Wolken verborgen hatte, strahlend hervor. Die Rückfahrt führte auch über Stuttgart (nachts 12 Uhr), die Landung in Friedrichshafen erfolgte gegen 2 Uhr nachts.

Rundfunkrede des Reichskanzlers

Appell an den geschlossenen Willen des Volkes

Reichskanzler v. Papen hielt Samstag abend von Lausanne aus eine Rundfunkrede, die über alle deutschen Sender verbreitet wurde. Der Kanzler führte einleitend aus, man werde es verstehen, daß er auf dieser Konferenz, deren Ergebnis ein Stück deutschen Schicksals einschließen werde, im jetzigen ersten Stadium der Verhandlungen nicht besondere Einzelheiten mitteilen möchte. Ich habe es hier für meine Pflicht gehalten, so sagte der Kanzler u. a., in persönlichen Besprechungen mit den Ministerpräsidenten Frankreichs und Englands, mit dem italienischen Außenminister sowie in meiner Rede vor der Vollsitzung der Lausanner Konferenz **nicht nur ein ganz klares und plastisches Bild der Lage Deutschlands zu zeichnen, sondern auch die Entstehung des neuen Reichskabinetts zu erklären und die Grundgedanken verständlich zu machen, die mich zur Uebernahme meines Amtes bewogen haben. Gemäß seiner Programmerklärung will das neue Reichskabinett alle aufbauwilligen Kräfte unseres Volkes sammeln. Die heutige Not Deutschlands fordert geradezu diesen letzten Einsatz der gesammelten nationalen Kräfte.** Unmöglich wäre es in dieser Zeit, Deutschland zu führen und dabei Bewegungen gegenüber fremd zu bleiben, die instinktmäßig und willensmäßig den Lebenswillen Deutschlands verkörpern. Wir haben es daheim und hier in Lausanne deutlich gesagt, **daß die deutsche Not zwar nur ein Teilproblem, aber doch auch das Zentralproblem der Weltkrise ist** und wir wissen, daß die Welt umso eher bereit sein wird, Deutschlands Not zu verstehen, als die Welt erkennt, wie sehr die deutsche Not die brennendste Wunde im gesamten Weltkörper ist.

Die hier in Lausanne versammelten Führer des Auslandes müssen aber verstehen, daß unser Volk **nicht nur eine wirtschaftliche, sondern auch eine seelische Krise durchmacht.** Vielleicht haben die Vertreter derjenigen Auslandsstaaten, denen die parlamentarische Mehrheitsbildung und das Kräftespiel politischer Parteien eine langjährige Tradition und Selbstverständlichkeit bedeutet, aus meiner Darlegung des heutigen Standes der deutschen Not erkannt, daß es sich nicht um das Drängen eines zahlungsunwilligen Schuldners handelt, wenn Deutschland Tatsachen darlegt, die einfach Tatsachen und nicht mehr bloße Argumente sind.

Längst haben hervorragende Sachverständige des Auslandes festgestellt, daß die Gläubigerländer unter der jetzigen Vertrauenskrise und allgemeinen Unsicherheit ebenso leiden, wie die Schuldnerländer. Der englische Ministerpräsident Macdonald hat in seiner Konferenzeröffnungsrede klar gesagt, daß diese Zusammenkunft sich nicht etwa mit der Reparationsfrage allein zu befassen habe, sondern mit der Weltkrise, daß die Völker nicht enttäuscht werden dürften durch neue Vertagungen. Mir erschien es deshalb als meine vornehmste Aufgabe, in den ersten Konferenztagen das Verhältnis für die wirkliche Lage unseres Volkes zu fordern. **Soll die notwendige Einsicht in die Lage unseres Volkes sich durchsetzen, dann muß der Vertreter Deutschlands in Lausanne den geschlossenen Willen der Heimat hinter sich fühlen, muß das Ausland erkennen, daß die jetzige Regierung mit Fug und Recht die Vertretung dieses geschlossenen deutschen Willens für sich in Anspruch nimmt. Die Heimat aber muß zu der Reichsregierung das feste Vertrauen haben, daß sie nicht nur nichts preisgeben wird, was den nationalen Notwendigkeiten entspricht, sondern daß sie darüber hinaus für eine positive Lösung des europäischen Problems alle ihre Kräfte einsetzen wird.**

Der innerpolitische Meinungskampf ist gewiß berechtigt, besonders bei bevorstehenden Neuwahlen, aber dieser politische Kampf hat Grenzen, jenseits welcher er aufhört, Kampf zu sein und anfängt, politische Blindheit zu werden. Glauben Sie mir, alle meine deutschen Landsleute, daß die neue Reichsregierung es zu verstehen und zu würdigen wissen wird, wenn diese Grenzen des politischen Kampfes gerade von denen geachtet werden, die sich sonst zum Kampf gegen diese Regierung veranlaßt fühlen. Wir sind hier, um der Heimat nach unserem besten Wissen und Willen zu dienen. **Die Heimat muß uns helfen. Wir rufen der Heimat zu, daß nur der geschlossene, besonnene und einheitliche nationale Wille uns retten kann.** Die von mir geleitete Reichsregierung wird immer nur das deutsche Volk sehen, nicht aber Parteien oder Klassen. Weiß sie doch, daß es hier und heute um Entscheidungen geht, die nichts Geringeres bedeuten als die Zukunft unserer Kultur, Rasse und Nation, als die Zukunft der abendländischen Welt.

Die Landtagswahl in Hessen

Das vorläufige amtliche Gesamtergebnis der Wahlen in Hessen

T.U. **Darmstadt,** 19. Juni. Das vorläufige amtliche Gesamtergebnis der Wahlen zum hessischen Landtag lautet:

S.P.D.	172 445	17	Mandate	(15)
Zentrum	108 603	10	„	(10)
S.A.P.	11 597	1	„	(2)
K.P.D.	82 111	7	„	(10)
Dr. Leuchtgens	2 079	0	„	(0)
D.N.V.P.	11 420	1	„	(1)
N.S.D.A.P.	328 313	32	„	(27
Hess. Demokr.	4 925	0	„	(0)
Nat. Einheitsl.	25 175	2	„	(5)

*

Darmstadt, 19. Juni. Am Sonntag fanden in Hessen die Landtagswahlen statt. Im Wahlkampf, der in der Hauptsache nur eine Woche gedauert hat, spielten der Regierungswechsel und die Notverordnungen die Hauptrolle. Es waren diesmal nur neun Wahlvorschläge eingereicht gegen 13 bei der vorjährigen Landtagswahl: Hessische Landvolkpartei, Deutsche Volkspartei, Deutsche Staatspartei, Christl.-Soz. Volksdienst, Volksrechtpartei und Wirtschaftspartei haben sich zur „Nationalen Einheitsliste" zusammengeschlossen. Ueberall ist man gespannt, wie sich dieser Zusammenschluß stimmenmäßig auswirken wird. Die in der „Nationalen Einheitsliste" vereinigten Parteien hatten bei der letzten Wahl zusammen 5 Sitze erlangt. Dabei war allerdings die Wirtschaftspartei wegen Nichtzulassung ihres Wahlvorschlages ausgefallen. Die Nationalsozialisten, die bisher 27 von 70 Sitzen innehatten, müßten einen Zuwachs von mehr als 100 000 Stimmen erhalten, um die absolute Mehrheit zu erlangen. In den letzten Tagen sprachen u. a. Hitler, Löbe und Dr. Brüning in Massenversammlungen.

Dr. Brüning führte u. a. aus: Ich will zeigen, daß ich an Kraft und Kampfesmut völlig ungebrochen bin. Man wird von mir nicht annehmen, daß schmerzliche und bittere Erfahrungen, die mich persönlich und menschlich betroffen haben, mich irgendwie auch nur im geringsten so weit erschüttern konnten, daß ich nicht bereit bin, außerhalb der Regierung weiterzukämpfen, daß der Weg eingehalten wird, innerpolitisch und außenpolitisch, den ich in den langen zwei Jahren begonnen habe. Kein Wort wird über unsere Lippen kommen, das die Stellung unserer Regierung in den Verhandlungen schwächen könnte. Ich werde nicht über die Vorgänge, die zum Rücktritt des Kabinetts geführt haben, in der Oeffentlichkeit sprechen. Nicht weil ich etwas zu verbergen hätte von mir aus, aber nichts kann in meinen Auffassungen, die auf Stärkung der Autorität eingestellt sind, irgend etwas ändern. Sie werden von mir nicht verlangen, daß ich in eine heftige Polemik gegen die neue Regierung eintrete. Ich kenne auch in meiner jetzigen Aufgabe und in meiner jetzigen Stellung nur eins, dem sich alles unterzuordnen hat, das ist das Vaterland. Brüning beschäftigte sich dann mit der Siedlungsfrage und rechtfertigte die Zentrumspolitik.

*

Der Wahltag in Hessen

Darmstadt, 19. Juni. In Darmstadt ist der Wahltag vollständig ruhig verlaufen. Die Wahlbeteiligung ist recht stark und wird mindestens wieder 80 Prozent betragen. Auch in Mainz ist der Tag ruhig verlaufen. Nachts kam es in einigen Straßen der Altstadt zu schweren **Zusammenstößen** zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, bei denen auch Schüsse gewechselt wurden. Es gab auf beiden Seiten Verwundete. Sieben Personen wurden mit ernsten Verletzungen ins Krankenhaus eingeliefert.

*

Das Wahlergebnis in Hessen.

T.U. **Frankfurt a. M.,** 19. Juni. Die hessischen Wahlen haben gezeigt, daß die bürgerlichen Parteien auch nicht durch ein Zusammengehen in einer Einheitsliste den Abmarsch ihrer Wähler aufhalten konnten. Diese Liste hat gegenüber den Wahlen vom November 1931 nicht weniger als 43 000 Stimmen verloren. Der Zuwachs der Nationalsozialisten rekrutiert sich — wenn man von dem gewiß nicht unerheblichen Abgang von Wahlmüden gerade aus den bürgerlichen Kreisen absieht — aus diesen Stimmen und aus den Verlusten der marxistischen Parteien, von denen die K.P.D. den starken Verlust vom 24 600, die S.A.P. von 11 400 Stimmen aufweisen. Die S.P.D. verzeichnet einen kleinen Gewinn, während das Zentrum erwartungsgemäß einen Verlust von 3800 Stimmen zeigt, der wahrscheinlich darauf zurückzuführen ist, daß die nichtkatholischen Wähler, die dieser Partei bei den letzten Wahlen ihre Stimme gaben, diesmal ausgeblieben sind. Deutschnationale und Demokraten haben sich gehalten.

Fest steht, daß es den Nationalsozialisten trotz ihres erheblichen Zuwachses nicht gelungen ist, die absolute Mehrheit im Landtag zu erreichen. Sie erhalten 32 gegen bisher 27 Sitze, zu denen ein Sitz der deutschnationalen Partei tritt. Selbst wenn, woran noch zu zweifeln ist, die Nationale Einheitsliste diese Opposition durch ihre zwei Sitze verstärkt, würde erst die Zahl von 35 Sitzen erreicht, während 36 Sitze Voraussetzung für die Mehrheit sind. An den bisherigen parlamentarischen Verhältnissen hat sich also nichts geändert.

*

Die Pressestelle der N.S.D.A.P. zum Wahlergebnis in Hessen.

T.U. **München,** 19. Juni. Zum Wahlergebnis in Lande Hessen schreibt die Pressestelle der N.S.D.A.P.: „Der Wahlsieg der N.S.D.A.P. hat die letzte Hoffnung für den schwarz-roten Gegner zerschlagen, der deutschen Freiheitsbewegung im Reich den Weg zur Macht zu verlegen. Das Wahlergebnis zeigt eindeutig die Richtung an, die die politische Entwicklung in Deutschland in den nächsten Wochen nehmen wird. Die N.S.D.A.P. hat in Hessen weitere fünf Mandate hinzugewonnen. Der Gesamtmarxismus hat abermals zwei Mandate verloren. Das Zentrum hat aufs neue Stimmenverluste zu verzeichnen. Damit ist bereits jetzt deutlich geworden, daß die nationale Opposition im kommenden Reichstag der entscheidende Faktor sein wird.

Die Folgerungen, die sich aus der Hessenwahl für die politischen Maximen ergeben, nach denen eine Reichsregierung zu handeln hat, die sich auf den Willen des deutschen Volkes verfassungsmäßig stützen muß, sind also geklärt: Oberstes Gesetz einer Regierung, der zurzeit keine Volksvertretung zur Seite steht, kann nur sein, dem bereits jetzt klar erkennbaren Volkswillen, der am 13. Juli seine endgültige Bestätigung finden wird, in keiner Weise zuwider zu handeln.

Das Volk verlangt insbesondere, daß Schluß gemacht wird mit den bisherigen „wirtschaftlichen" Notverordnungsmethoden, die ständig neue Entbehrungen den ärmsten Volksgenossen auferlegen und die Wirtschaft durch unerträglich wachsenden Steuerdruck drosseln, statt Arbeit zu schaffen. Das ist auch für die jetzige Reichsregierung die Lehre aus den Hessenwahlen.

Das politische Ergebnis des Landes Hessen muß aber auch — im Hinblick auf die Vorgänge der letzten Tage — als ein Bekenntnis des deutschen Volkes zum Reichsgedanken gewertet werden. Der Herr Reichskanzler wird nicht umhin können, künftig seine Haltung gegenüber Ländermaßnahmen, die offensichtlich Reichsgesetze sabotieren, mit dem Volkswillen in Einklang zu bringen. Er hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, widerspenstige Länder zum Gehorsam gegen die Gesetze des Reiches zu zwingen. Die nächsten Tage werden hoffentlich darüber Klarheit bringen."

Zwischen Genf und Lausanne

Frankreichs Endlösungsvorschlag: Wieder die Eisenbahnbonds.

T.U. **Lausanne,** 18. Juni. In unterrichteten Kreisen der Lausanner Konferenz verstärkt sich der Eindruck, daß die französische Regierung bereits in den nächsten Tagen mit einem Plan hervortreten wird, nach dem Deutschland als Abschlußzahlung für die Tribute deutsche Eisenbahnobligationen verpfänden soll. Man sieht in diesem Plan einen großangelegten Versuch Frankreichs, auf längere Zeit hinaus maßgebenden Einfluß auf die deutschen Eisenbahnen zu gewinnen. Eine Beteiligung der englischen Regierung an diesen Plänen scheint jedoch nicht zu bestehen. Die französische Regierung hält somit hartnäckig an ihrem Standpunkt fest, daß ohne weitgehende deutsche Gegenleistung auf sicherheitspolitischem Gebiet und Uebergabe von Eisenbahnobligationen eine endgültige Regelung der Tributfrage nicht möglich sei.

Für die Montag wieder beginnenden Arbeiten der Konferenz fehlt vorläufig jede Verhandlungsgrundlage, da ein praktischer Vorschlag von keiner Seite besteht. Die deutsche Regierung hält uneingeschränkt an ihrem bisherigen Standpunkt fest, daß eine Streichung der Tribute zu erfolgen hat und hat nach der Lage der Dinge keine Veranlassung, von sich aus der Gegenseite einen Ausweg aus der festgefahrenen Lage der Reparationskonferenz zu ermöglichen. Es besteht der Eindruck, daß die deutsche Regierung ruhig die Gegenseite mit ihren Vorschlägen an sich herankommen lassen wird.

Die französischen und englischen Sicherheitsvorschläge sind von deutscher Seite auf glatte Ablehnung gestoßen, da die deutsche Regierung irgendeinen politischen Waffenstillstand oder neue Sicherheitsgarantien irgendwelcher Art auf das Kategorischste ablehnt. Von englischer Seite wird daher erwogen, den französischen Sicherheitswünschen in der Weise entgegen zu kommen, daß irgendein Abkommen über die gegenseitige Verständigung der Großmächte im Falle der Aufrollung außenpolitischer Fragen stattfindet. Ueber diese vorläufig noch ganz vagen englischen Pläne sind die Verhandlungen erst im Anfangsstadium. In der Abrüstungsfrage hält die deutsche Regierung nach wie vor an ihrer Forderung auf Gleichberechtigung fest.

Ein englischer Vorstoß in der Abrüstungsfrage.

T.U. **Lausanne,** 18. Juni. Auf englischer Seite sind jetzt ernsthafte Versuche eingeleitet worden, die Abrüstungsfrage unmittelbar mit den Lausanner Reparationsverhandlungen zu verbinden. Macdonald Simon und Grandi begeben sich für den Sonntag nach Genf, um mit dem amerikanischen Botschafter Gibson und dem Führer der deutschen Abordnung, Nadolny, möglichst zu einer sofortigen Regelung der Abrüstungsfrage im englischen Sinne zu gelangen.

Die englische Regierung nimmt ihre bereits in den letzten Pariser und Genfer Besprechungen eingeleiteten Pläne wieder auf, nachdem eine Lösung des Abrüstungsproblems in der Weise durchgeführt werden soll, daß eine Teilabrüstung durch Verbot der schweren Geschütze, der Bombenflugzeuge, der Gas- und chemischen Waffen stattfindet. Man hofft auf englischer Seite, daß diese Teilung der Abrüstungsfrage den französischen Wünschen entspricht. Die Pläne der englischen Regierung gehen von der Annahme aus, daß die Lausanner Verhandlungen vorläufig festgefahren sind und ohne Entgegenkommen gegenüber Frankreich in der Abrüstungsfrage eine sachliche Weiterführung und Lösung der Reparationsfrage nicht möglich sei.

In den am Sonntag stattfindenden Abrüstungsbesprechungen sollen dahin Versuche unternommen werden, zu einer allgemeinen Vereinbarung zu gelangen. Es besteht der Eindruck, daß die deutsche Forderung auf Gleichberechtigung und weitgehende Herabsetzung sämtlicher Rüstungen entsprechend den Deutschland auferlegten Entwaffnungsbestimmungen bei dieser Regelung keine Berücksichtigung findet. Die deutsche Regierung lehnt selbstverständlich jede Lösung des Abrüstungsproblem ab, die nicht völlig die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigung enthält und dem deutschen Sicherheitsbedürfnis Rechnung trägt. Ferner verlautet aus englischen Kreisen, daß die französischen Vorschläge auf Leistung einer Abschlußzahlung Deutschlands für die Reparationen jetzt wieder stärker im Vordergrund stehen und Frankreich die Verpfändung deutscher Reichsbahnobligationen bis zu einem Betrage von 4 Milliarden Franken fordere. Die Verhandlungen über diese Frage werden gegenwärtig im Rahmen von Beratungen der englischen und französischen Sachverständigen geführt, über die bisher strengstes Stillschweigen bewahrt worden ist. Wie bereits von deutscher Seite vorausgesehen wurde, wird also versucht, die Abrüstungs- und Reparationsfrage miteinander zu verbinden und die Zustimmung Frankreichs durch weitgehende Zugeständnisse Deutschlands in der Abrüstungsfrage zu gewinnen. Die Lausanner Verhandlungen sind damit von neuem in ein außerordentlich ernstes Stadium eingetreten.

Nach den bisherigen Plänen beabsichtigen die Minister am Sonntag abend aus Genf zurückzukehren, da auf Montag vormittag eine vertrauliche Sitzung der sechs einladenden Mächte festgesetzt worden ist. Jedoch besteht in englischen Kreisen die Absicht, die Weiterführung der Lausanner Verhandlungen wesentlich von dem Verlauf der jetzt beginnenden Abrüstungsbesprechungen abhängig zu machen. Es steht noch nicht fest, ob in den Genfer Abrüstungsbesprechungen lediglich Botschafter Nadolny oder auch alle anwesenden Reichsminister teilnehmen werden.

Abrüstungsverhandlungen in Genf.

T.U. **Genf,** 19. Juni. Die Genfer Abrüstungsbesprechungen zwischen den Großmächten, die plötzlich in die Lausanner Reparationsverhandlungen eingeschaltet worden sind, haben bereits am Samstag abend mit einer Unterredung zwischen dem amerikanischen Botschafter Gibson und dem englischen Außenminister begonnen und sind den ganzen Sonntag über ununterbrochen in zahlreichen Einzelbesprechungen und sodann in einer bedeutsamen Besprechung der fünf Mächte am Nachmittag weiter fortgeführt worden.

Am Sonntag vormittag fand eine längere Unterredung zwischen Grandi, Simon und Gibson statt.

Die plötzliche Aufnahme der Abrüstungsfrage in Genf geht teils auf englische, teils auf amerikanische Wünsche zurück. Gibson soll, wie verlautet, aus Washington die Anweisung erhalten haben, unter allen Umständen bis zum 1. Juli, dem Beginn der Wahlkampagne für Präsidentenwahlen, in den Abrüstungsfragen einen sachlichen Erfolg zu erzielen. An der Nachmittagsbesprechung nahmen Macdonald, Simon, Grandi Paul Boncour, de Jouvenel, Nagaoka, Gibson und als Hauptberichterstatter der Abrüstungskonferenz Benesch teil.

Diese große Sonntagsbesprechung zwischen England, Frankreich, Italien, Vereinigte Staaten und Japan stellt, wie in Konferenzkreisen erklärt wird, die erste Folge des letzten Beschlusses des Präsidiums dar, wonach die offiziellen Arbeiten der Abrüstungskonferenz eingestellt wurden und die Hauptmächte zu einer direkten Aussprache über die großen Gegensätze in der Abrüstungsfrage aufgefordert wurden. Die deutsche Abordnung hat an diesen Besprechungen nicht teilgenommen.

Die in Lausanne anwesenden Reichsminister sind über den Gang der in Genf stattfindenden Besprechungen unterrichtet worden. In maßgebenden deutschen Kreisen wird der Standpunkt vertreten, daß irgendwelche Vereinbarungen über die Abrüstungsfrage, an der Deutschland nicht teilnimmt, in keiner Weise für die deutsche Regierung bindend sein könnten und daß die deutsche Regierung selbstverständlich in vollem Umfange an ihrem bisherigen Abrüstungsprogramm auf Anerkennung der Gleichberechtigung Deutschlands und entscheidende Herabsetzung aller Rüstungen gemäß den Deutschland auferlegten Entwaffnungsmethoden festhält.

Die Vertreter der Großmächte beabsichtigen, noch am Sonntag abend nach Lausanne zurückzukehren, um an den Montag wieder einsetzenden Reparationsverhandlungen teilzunehmen; jedoch wird der Zweck der Genfer Abrüstungsbesprechungen darin gesehen, durch eine Teillösung des Abrüstungsproblems Zugeständnisse Frankreichs in der Reparationsfrage zu erzielen. Die politische Verbindung zwischen der Abrüstung und der Reparationsfrage ist durch die letzten Besprechungen praktisch von den Großmächten vorgenommen worden.

Die Genfer Großmächtebesprechung über die Abrüstungsfrage.

T.U. **Genf,** 19. Juni. Die für den heutigen Sonntag einberufene Zusammenkunft der Vertreter der Großmächte zur Behandlung der Abrüstungsfrage, die ursprünglich auf 17 Uhr einberufen war, begann heute nachmittag mit starker Verspätung erst um 18,30 Uhr, da Paul Boncour und de Jouvenel infolge der Entgleisung eines Güterzuges kurz vor Dijon gezwungen waren, den Schnellzug zu verlassen und im Kraftwagen weiterzureisen. Die Besprechungen werden streng vertraulich behandelt. Die Tatsache, daß die deutsche Abrüstungsabordnung zu diesen Besprechungen nicht zugezogen war, wird von französischer Seite damit begründet, daß zunächst eine Einigung zwischen den übrigen Mächten herbeigeführt werden soll.

Die heutigen Besprechungen haben hier allgemein großes Aufsehen erregt. Es steht noch nicht fest, ob sie infolge des verspäteten Beginns heute noch abgeschlossen werden können. An den Besprechungen nehmen von englischer Seite Macdonald, Simon, Lord Londonderry und der Handelsminister Runciman teil, von französischer Seite Paul Boncour, de Jouvenel und Massigli, von amerikanischer Seite Wilson, Senator Swanson und Norman Davis. Der italienische Außenminister Grandi, der im Laufe des Tages zahlreiche Besprechungen geführt hat, nimmt jedoch an diesen Besprechungen nicht teil, so daß entgegen den ursprünglichen Plänen die Besprechungen den Charakter einer englisch-französisch-amerikanischen Unterredung gewonnen haben.

Die Dreimächtebesprechungen in Genf.

T.U. **Genf,** 19. Juni. Die heutigen Dreimächtebesprechungen in Genf zwischen England, Frankreich und den Vereinigten Staaten über die Abrüstungsfrage dauerten bis 21 Uhr. Macdonald und Simon begaben sich unmittelbar nach den Unterredungen nach Lausanne zurück. Von englischer und französischer Seite wird über das Ergebnis der Unterredungen lediglich mitgeteilt, daß es sich um eine einleitende inoffizielle Unterredung gehandelt habe, der weitere Besprechungen folgen würden. Der englische Innenminister Sir Herbert Samuel, der an den Besprechungen teilnahm, bleibt vorläufig in Genf, um die Fühlungnahme mit den Amerikanern und Japanern weiter aufrecht zu erhalten.

Von französischer Seite wird mitgeteilt, daß in den heutigen Besprechungen eine Auseinandersetzung grundsätzlicher Art vermieden und eine Teillösung angestrebt worden sei, die sich auf den Beratungen der technischen Ausschüsse der Abrüstungskonferenz und dem Abkommensentwurf des vorbereitenden Abrüstungsausschusses aufbaue.

Die heutige Dreimächteunterredung soll auf unmittelbaren Wunsch Macdonalds zurückgehen, der die Lösung der Abrüstungsfrage mit allen Mitteln beschleunigen und so schnell wie möglich zu einer Lösung gelangen will. Die englische Regierung sieht das Abrüstungs- und Reparationsproblem als ein Ganzes an, das nur gemeinsam gelöst werden könne. Von englischer Seite wird ferner mitgeteilt, daß Macdonald und Simon nunmehr den Reichskanzler und den Reichsaußenminister über diese Besprechungen unterrichten und mit ihnen gemeinsam die Abrüstungsfrage weiter behandeln werden. Sollte sich in diesen Besprechungen der nächsten Woche eine Uebereinstimmung ergeben, so sollen neue Verhandlungen in weiterem Rahmen stattfinden.

Abonniert das „Durlacher Tageblatt"

Hetzjagd hinter Ellinor

Roman von Margarete Ankelmann

Copyright by Martin Feuchtwanger, Halle (Saale)

[37

Am anderen Morgen stand Ellinor am Fenster, während George an seinem Schreibtisch saß, wichtige Post zu erledigen. Sie war ungeduldig, sehnte den Augenblick herbei, wo sie auf das Schiff gehen würden.

Ihre Augen streiften über den Platz vor dem Hotel. Viele Autos standen dort, Fremde promenierten auf und ab. Plötzlich setzte Ellinors Herzschlag aus.

Vier Herren kamen über den Platz, in Zivil; einer von ihnen war Ted. Sie kamen, um Ellinor Grey zu verhaften, Lady Wilsons Mörderin.

Ellinor war vom Fenster zurückgewichen, stand mitten im Zimmer, sprungbereit. Ueberlegte eine Sekunde.

Dann ein leiser, herzzerreißender Aufschrei:

„George!"

Halblaut nur, konnte im Nebenzimmer kaum vernommen werden.

Dann eilte ein junger Mann aus dem Zimmer, hinüber zum Lift, ließ sich bis zum Erdgeschoß fahren. Der junge Mensch sah äußerlich ganz ruhig aus, als er das Hotel verließ, dem Steg zueilte.

„Ein Motorboot, bitte, ich möchte ein wenig hinausfahren."

Der Vermieter wollte mit einsteigen.

„Danke! Ich fahre allein, besitze zu Hause selbst ein Motorboot. Hier, das Pfand für das Boot."

Mit sicherer Hand schaltete der Fremde den Motor ein. Fauchend durchschnitt das Boot das Wasser; die Uhr des Messers ging höher und höher.

Weit hinter John lag das Land, die Segelschiffe. In der Ferne sah man die Festungswerke, die Leuchttürme von Cherbourg.

Weiter — weiter!

Die See ging hoch. Jetzt, wo das Boot hinauskam ins offene Meer, drohte das Boot öfters umzukippen. Immer nur weiter! Wohin, das war ganz gleichgültig.

Mit fiebernden Augen sah Ellinor sich um. Ueberall Wasser, nichts als Wasser! Wellen, die das Schiff emportrugen, um es in der nächsten Sekunde tief herunterzuschleudern.

Jetzt war es, als ob das Boot nicht mehr von der Stelle käme. Ellinor wollte den Motor einschalten — er versagte. Was war das nur? Ellinor sah auf die Uhr des Benzinbehälters: sie stand auf Null. Das Benzin war ausgegangen.

Ellinor schrie auf. Jetzt war sie verloren. War allein auf hoher See, in einem kleinen Motorboot. Hatte sich retten wollen vor den Menschen und war dem Tod in die Arme gelaufen!

Zusammengekauert saß sie in dem Boot, das dem Spiel der Wellen völlig preisgegeben war. Bei jeder Sturzwelle dachte Ellinor, daß jetzt das Ende kam. Sie war vollkommen durchnäßt, hatte keine Gedanken mehr.

Stundenlang trieb sie so umher.

Plötzlich sah sie ein Schiff auf sich zukommen. Man mußte sie von dort schon bemerkt haben, denn man hielt den Kurs schnurstracks auf sie zu. Schon löste sich ein kleines Rettungsboot los, kam auf sie zu.

Arme legten sich um sie, zogen sie hinüber auf das andere Boot.

Ellinor konnte nicht mehr viel denken. Jetzt wurde sie gerettet, das war gut. Sie wollte nicht sterben, wollte leben, unter einem anderen Namen, arm und verlassen; wollte sich ganz still irgendwo verkriechen, arbeiten von morgens bis abends, mühselig ihr Leben fristen. Wollte das sühnen, was sie die Zeit über verbrochen hatte. Verbrochen an George, ihrem Wohltäter, dem Mann, den sie liebte.

„George!" Das war ihr letzter Gedanke, als man sie auf die schmale Pritsche bettete, auf dem großen Schiff. Dann verlor sie das Bewußtsein...

* * *

George hatte einen leisen Ruf vernommen, der aus dem Nebenzimmer zu kommen schien.

„Ja! John, hast du gerufen?"

Es kam keine Antwort. George hob den Kopf. Was war das? Litt er an Halluzinationen? Er hatte doch John rufen hören.

Er stand auf, ging ins Nebenzimmer. Es war leer. Er mußte sich wahrhaftig getäuscht haben.

Aber wo war John? War er weggegangen, ohne es ihm mitzuteilen? Das war doch sonst nicht seine Art?

George stand noch sinnend im Zimmer, als von draußen an die Tür geklopft wurde. Auf sein „Herein!" öffnete sich die Tür. Drei Herren kamen ins Zimmer.

George schaute die Unbekannten fragend an.

Einer trat vor.

„Mister George Frank aus Neuyork?"

„Jawohl, mein Herr!"

„Kriminalpolizei!"

Dabei zeigten die drei Beamten ihre Legitimationen, und der Sprecher fuhr fort, ehe George sich von seinem Erstaunen erholt hatte:

„Wir kommen im Auftrage der englischen Regierung. Wir müssen Ellinor Grey verhaften, eine langgesuchte Verbrecherin, die sich bei Ihnen aufhält, unter dem Namen und der Maske eines John Frank-Murray."

„Herr..."

„Wir bitten Sie, Mister Frank, uns keine Schwierigkeiten zu machen. Es wäre zwecklos, und es ist auch für Sie besser, sich unseren Anordnungen zu fügen."

„Was fällt Ihnen eigentlich ein? Ich bin amerikanischer Staatsbürger. Sie haben kein Recht, über mich zu verfügen. Frankreich verletzt sein Gastrecht, wenn es einen unbescholtenen Fremden von der Kriminalpolizei belästigen läßt."

„Sie führen eine freie Sprache, Herr..."

„Ich bin ein freier Amerikaner und spreche, wie es mir behagt. Meine Papiere sind durchaus in Ordnung! Ich habe nichts zu befürchten!"

(Fortsetzung folgt)